

---

---

# Probleme der regionalen Wirtschaftsförderung am Beispiel Wiens

Rainer Juch

---

---

In den letzten zehn Jahren hat die Gemeinde Wien versucht, die Investitionsentscheidungen privater Unternehmen etwas systematischer zu beeinflussen. Etwa ab 1966 hat der Magistrat der Stadt mit der Entwicklung neuer Instrumente der Kredit- und Infrastrukturpolitik begonnen, wodurch Grundlagen und Organisation der Wirtschaftsförderung verbessert worden sind.

In diesem Zusammenhang ist der Ansiedlung neuer Industriebetriebe gewisse Priorität eingeräumt worden.

Dieser Artikel setzt sich mit der Wiener Wirtschaftsförderung in mehrfacher Weise auseinander. Nach der Erläuterung allgemeiner Prinzipien großstädtischer Investitionsförderung wird auf die Situation der Wiener Wirtschaft eingegangen und weiters das Instrumentarium der Wiener Wirtschaftsförderung behandelt. Dann wird das bisherige Ergebnis der forcierten Industrieansiedlung im Bereich der Bundeshauptstadt diskutiert,<sup>1</sup> unter anderem werden die räumlichen Auswirkungen der Ansiedlungspolitik festgehalten, die in ihrer Standortwahl beeinflussten Unternehmen erfaßt und Faktoren aufgezeigt, an denen sie sich im Zuge der Niederlassungsentscheidung orientiert haben.

Neben der materiellen Ausstattung neugewidmeter Industriestandorte zählt das Arbeitskräftepotential und seine Struktur zu den wichtigen Vorbedingungen für die Ansiedlung neuer Firmen. Am direktesten ist die Arbeits- und Wohnbevölkerung einer Gemeinde von den Maßnahmen kommunaler Instanzen betroffen. Aus diesem Grund ist es ein weiteres Ziel des Artikels, die Wirtschaftsförderung vom Standpunkt der Wiener Arbeiter und Angestellten aus zu beurteilen.

Schließlich werden dann auf der Grundlage der Analyse wichtiger Bereiche der Investitionsförderung in Wien gewerkschaftliche Zielvorstellungen für eine Verbesserung der Förderungspolitik formuliert.

## I. Allgemeines

Im allgemeinen wird als kommunale Wirtschaftsförderung derjenige Teil der öffentlichen Gemeindeaufgaben bezeichnet, »der primär eine Begünstigung der örtlichen Wirtschaft durch Verbesserung ihrer Standortbedingungen und damit ihrer Produktivität... zum Gegenstand hat«. <sup>2</sup> Ähnlich wie die Stadt Wien modifizieren verschiedene österreichische Kommunen laufend das Instrumentarium der Wirtschaftsförderung, sie stellen damit unter anderem verbesserte allgemeine materielle Bedingungen für die Verwertung der einzelnen Kapitale (»Infrastruktur«) her und entsprechen so der Hauptaufgabe, die Gemeinden in den kapitalistisch-sozialstaatlichen Demokratien Mittel- und Westeuropas gegenwärtig zu erfüllen haben. <sup>3</sup> Investitionsfördernde Kommunen verdeutlichen damit ihre Bestrebung, am allgemeinen Wirtschaftswachstum zu partizipieren und von anderen konkurrenzierenden Gemeinden nicht zu weit überholt zu werden.

Die gemeindliche Einflußnahme auf private Investitionsentscheidungen setzt gewöhnlich auf zwei Ebenen an: <sup>4</sup>

- a) Placierung öffentlicher Investitionen. Angestrebt wird die Erhöhung des Anreizes für Unternehmen, sich auf Grund eines differenzierten Infrastrukturangebots in den Gemeinden niederzulassen. Privatwirtschaftliche Aktivität soll durch die Bereitstellung »physischer« Infrastruktur ausgelöst werden, indem Industriegrundstücke erschlossen und mit den regionalen und überregionalen Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungssystemen verknüpft werden, um den Firmen zum Selbstkostenpreis angeboten zu werden. Parallel dazu wird der Ausbau der »sozialen« Infrastruktur auf dem Bildungs-, Gesundheits- und Dienstleistungssektor forciert, was im Rahmen unternehmerischer Standortwahl als Indikator für die lebhaftere Entwicklungsdynamik der Gemeinde gilt.
- b) Direkte Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Aktivität. Hier werden private Investitionen vor allem durch Investitionsprämien, Zinszuschüsse, Bürgschafts- und Haftungseinrichtungen und nicht zuletzt durch zumindest temporären Verzicht auf Steuereinnahmen gefördert. Für diesen Bereich der Förderungspolitik ist die Abstimmung gemeindlicher Aktionen mit den Instrumenten übergeordneter Gebietskörperschaften erforderlich, deren Vergaberichtlinien wiederum stärker an regionalpolitischen Grundsätzen orientiert sein sollten.

Wirtschaftsförderung wird auf Gemeindeebene vorwiegend von zwei Gruppen von Institutionen betrieben. <sup>5</sup> Zur ersten sind die öffentlichen Investitionen zu rechnen, eben die Gemeindeämter der Kommunen und die Wirtschaftsförderungsämter der größeren Städte. Ihre Tätigkeit umfaßt die Erarbeitung von Grundlagen sowie Werbung, Beratung und Kontaktpflege. Auf Grund ihrer relativen Schwerfälligkeit im Förderungsprozeß werden daneben auch immer häufiger halböffentliche Institutionen geschaffen. Es handelt sich um die Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Großgemeinden und Gemeindeverbände, die den verlängerten Arm der betreffenden Gebietskörperschaften im privatrechtlichen Gewand dar-

stellen. Europäisches Vorbild dafür ist die 1961 gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna (BRD) mit ihrer erfolgreichen Ansiedlung eines Betriebs des US-Chemiekonzerns Dupont.<sup>6</sup>

Kommunale Investitionsförderung, als deren Kernbereich die Ansiedlung von Betrieben gilt, kann eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch Erhöhung ihrer Einnahmen an Einkommens-, Grund- und Gewerbesteuern bewirken. An dieser Stelle sei jedoch auch an zumindest zwei mögliche Negative der Wirtschaftsförderung für die finanzielle Situation der Gemeinden erinnert:

Zum einen entstehen für die Gemeinden verschiedene Mehrausgaben etwa an Werbungs- und Planungskosten, an Ver- und Entsorgungsleistungen und an Personal- und Sachausgaben; gleichzeitig ist mit mittelbaren Kosten — etwa für die Beseitigung verstärkter Umweltbelastungen — zu rechnen. Somit wird die Finanzierung von Wirtschaftsförderungsaktionen dann eine Verschwendung öffentlicher Mittel darstellen, wenn die Reaktion privater Unternehmer hinter den kommunalen Erwartungen zurückbleibt.

Daneben entsteht eine Verteuerung des Förderungsprozesses durch den Wettbewerb der Standorte, wenn Gemeinden einander im Kampf um potentielle Investoren konkurrenzieren, anstatt regional koordiniert vorzugehen. Die Firmen sind in der Lage, bei ihrer Standortwahl unter dem Aspekt unternehmerischer Kostenminimierung die Gemeinden untereinander auszuspielen.

Die allgemeinen Charakteristika kommunaler Wirtschaftsförderung bestimmen auch die Förderungspolitik der Gemeinde Wien. Ehe auf ihre Praxis eingegangen wird, sei an die spezifische Situation von Großgemeinden verwiesen:

Größere Siedlungseinheiten sind in der Lage, im Ansiedlungsprozeß den Trend der wirtschaftlichen Aktivitäten zur räumlichen Konzentration auszunützen. So bewirkt die Möglichkeit zur Erzielung höherer »Skalenerträge« den immer stärkeren Zuzug industrieller Unternehmen in (bereits dichter besiedelte) Großgemeinden mit (bereits vorwiegend) industrieller Struktur und einem hochqualifizierten Dienstleistungsangebot. Im großstädtischen Bereich steigt das Produktionsergebnis überproportional zu den Investitionen: »Die wachsenden Skalenerträge, die innerhalb örtlich verdichteter Wirtschaftsräume erzielbar sind, können von den Unternehmen als Wachstumschancen in zwei Dimensionen genützt werden: einerseits zur Senkung der Produktionskosten, andererseits zur quantitativen und qualitativen Entfaltung der Güter- und Dienstleistungsproduktion: Die Siedlungskonzentration bietet nicht nur günstige Anlagemöglichkeiten für neue Kapitalinvestitionen an, sondern bildet über die steigende Bevölkerung mit einem großen Anteil spezialisierter und hochqualifizierter Arbeitskräfte zugleich einen verbesserten Arbeitsmarkt.«<sup>7</sup> In den Großgemeinden werden gleichzeitig positive externe Effekte wirksam, wobei es sich um den Nutzen von Produktionsvariablen handelt, die nicht vom Einzelunternehmen zu beeinflussen sind. Der außerhalb des Betriebes — etwa auf Grund des räumlichen Verbunds der Industrien — entstehende Nutzen wirkt sich auf das betriebliche Produktionsergebnis positiv aus. Die mit

Agglomerationsvorteilen, etwa einem Reservoir verschieden qualifizierter Arbeitskräfte und den Transport- und Kommunikationssystemen höherer Ordnung ausgestatteten größeren Siedlungen befinden sich, indem sie die private Produktion rentabler gestalten, gegenüber kleineren Gemeinden im Vorteil.

## II. Zur Struktur der Wiener Wirtschaft

Nun soll auf einige Spezifika der Wiener Wirtschaftsstruktur eingegangen werden, die den wesentlichen Grund für die Intensivierung der Wirtschaftsförderung durch den Magistrat darstellen. In der Vergangenheit hat stets die Industrie den Motor der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt dargestellt. So wurde Wien zum bedeutenden industriellen Zentrum der Monarchie, als vor allem in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, etwa zur Zeit der Donauregulierung, die massive Industrialisierung der Residenzstadt einsetzte. Die Schwerindustrie begann sich entlang der Bahnlinien und Fernverkehrsstraßen im Nordosten, Südosten und Süden der Stadt anzusiedeln, während die Mittel- und Kleinindustrie in den Bezirken beiderseits des Gürtels, zum Teil in Hinterhöfen, ihre Standorte fand — womit eine Verteilung von Industriestandorten gegeben war, an der sich praktisch bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts nichts mehr geändert hat.

Ebenso auffallend ist die Dominanz einzelner Industriebranchen in Wien. Vor dem Ersten Weltkrieg siedelten sich vor allem Betriebe des Maschinenbaus und der Eisen- und Metallwarenerzeugung an, ebenso Unternehmen der chemischen Industrie, der Nahrungs- und Genußmittelherzeugung und der Bekleidungsindustrie. Gleichzeitig entwickelte sich die Elektroindustrie zum bedeutenden Wirtschaftszweig. Die genannten Branchen blieben dann auch im Wien der Ersten Republik vorherrschend, als die Stadt ihre ursprünglichen Absatz- und Beschaffungsmärkte verloren hatte.

Nach 1945, als im Osten Österreichs auf Grund der Besetzung und verschiedener politischer Unsicherheitsfaktoren eine gewisse Investitionsabstinz deutlich wurde, konnten die Industrien der traditionellen Branchen, zum Teil als ehemaliges deutsches Eigentum bis 1955 unter sowjetischer Verwaltung stehend, wiederum zum Rückgrat der Wiener Industrie werden.<sup>8</sup>

Während nun im Rahmen des sekundären Sektors die Schlüsselindustrien ihren Einfluß und die Standorte beibehielten, änderte sich dennoch die Bedeutung der Wiener Industrie innerhalb der gesamtösterreichischen Wirtschaft. So ist in den sechziger Jahren beispielsweise eine Verlangsamung der Wiener Industrieproduktion im Vergleich zum gesamtösterreichischen Produktionszuwachs festzustellen, was beim Vergleich der Regionalindizes dreier Bundesländer deutlich wird:<sup>9</sup> Im Zeitraum 1964 bis 1969 stieg der Regionalindex Oberösterreichs um 39,2 Punkte, der Salzburgs um 53,9 Punkte, während Wien eine Steigerung um 19,2 Punkte zu verzeichnen hatte. Zwischen 1969 und 1972 war die Entwicklung ähnlich, in diesem Zeitabschnitt verzeichnete Oberösterreich eine Steigerung

um 26,9 Punkte, Salzburg eine um 62,1 Punkte, der Wiener Zuwachs betrug nur 20,6 Punkte.

Gleichzeitig stellten in Wien etwa seit 1955 veraltete Betriebe der traditionellen Industriebranchen ihre Produktion ein; ihre Standorte befanden sich vor allem in den Bezirken zwischen Ring und Gürtel und in den alten Arbeiterquartieren im westlichen Teil der Stadt. Dagegen ging die Neugründungstätigkeit bis zum Beginn dieses Jahrzehnts eher schleppend vor sich, so betrug der Anteil Wiens an den österreichischen Industriebetrieben 1955 37,9 Prozent, 1967 30,5 Prozent, 1970 dann nur noch 27,6 Prozent.<sup>10</sup>

Im Gegensatz zur Industrie hat der tertiäre Sektor in Wien in den letzten beiden Jahrzehnten stark an Bedeutung zugenommen; nach 1955 kam es unter anderem zu einer verstärkten räumlichen Konzentration überregionaler Dienstleistungen in Wien. Derzeit beträgt der Anteil des Dienstleistungssektors am Regionalprodukt 59,9 Prozent, es sind, das Wiener Umland mitgerechnet, bereits 53 Prozent der Arbeitsbevölkerung in diesem Wirtschaftssektor tätig.<sup>11</sup>

Die hier angedeutete Entwicklung hat die Wirtschaftsförderung der Gemeinde stark beeinflusst. Immerhin ist es eine Zielsetzung des Magistrats, ein ausgewogenes Mischungsverhältnis von sekundärem und Dienstleistungsbereich in der Bundeshauptstadt zu erhalten; somit wird die hauptsächlichliche Orientierung auf die Neuansiedlung von Industrie- und Großhandelsunternehmen, die die gemeindliche Förderungspolitik in den letzten Jahren ausgezeichnet hat, verständlich.

Die Betriebsansiedlungen der Gemeinde, die noch Gegenstand der Betrachtung sein werden, sollten unter anderem auch eine stärkere Einbeziehung von Arbeitskräften, die im Umland der Stadt oder in peripheren Gebieten der Ostregion wohnhaft sind, zur Folge haben. Ursache dafür ist die weiterhin stagnierende Entwicklung der Bevölkerung der Stadt, ein Umstand, der wiederum auf ein starkes Geburtendefizit und auf unzureichende Zuwanderungen zurückzuführen ist:

---

	Bevölkerung (in 1000) <sup>12</sup>					
	1971	1961	1951	1923	1910	1900
Wien	1615	1628	1616	1919	2084	1769
Niederösterreich	1414	1374	1401	1427	1425	1311
Österreich	7457	7074	6934	6535	6648	6004
Österreich ohne Wien	5842	5446	5318	4616	4564	4235

---

Zur richtigen Einschätzung der Wiener Wirtschaftsförderung soll auch auf die Entwicklung der Arbeitsbevölkerung eingegangen werden. Das Wiener Institut für Standortberatung charakterisiert sie folgendermaßen: »Auch die Arbeitsbevölkerung, die bereits 1961 auf Grund eines aktiven Einpendlersaldos von 56.000 entsprechend größer war als die berufstätige Wohnbevölkerung, ging in Wien seither verhältnismäßig stark zurück,

wenn auch nicht in dem Ausmaße wie die berufstätige Wohnbevölkerung, da die Pendlerbilanz bis 1971 um 20.000 verbessert werden konnte. Allerdings dürfte es sich dabei nicht um einen echten Gewinn von Arbeitsplätzen handeln, da — einer groben Schätzung zufolge — von den rund 25.000 berufstätigen Randwanderern zwischen 1961 und 1971 ein nicht unbedeutender Teil an den in Niederösterreich neu geschaffenen Arbeitsplätzen Beschäftigung fand und nur rund 50 Prozent positiv auf die Wiener Pendlerbilanz — und damit auf die Arbeitsplätze — zu Buch geschlagen haben dürften.«<sup>13</sup>

Die Entwicklung des Wiener Arbeitsmarktes kann anhand einiger Zahlen verdeutlicht werden: Während die Anzahl der in Wien unselbständig Beschäftigten zwar zwischen 1951 und 1962 von 621.000 auf 774.000 Personen anstieg, reduzierte sich diese Zahl hingegen bis 1970 um 38.000 auf 736.000 Personen. In der Zwischenzeit (bis Oktober 1976) ist die Zahl wiederum, vor allem wegen der Expansion des tertiären Sektors, auf 805.000 angestiegen. Die Anzahl der Wiener Industriebeschäftigten zeigt eine kontinuierlich rückläufige Tendenz: Waren 1962 noch über 201.000 Personen beschäftigt, waren es 1970 rund 172.000, 1974 dann rund 167.000. Die jüngste Zählung vom August 1976 macht einen weiteren Rückgang auf rund 152.000 Personen deutlich.<sup>14</sup>

### III. Die Instrumente der Wiener Wirtschaftsförderung

Die im Abschnitt II angeführten Entwicklungstendenzen der Wiener Wirtschaft bewirkten in den sechziger Jahren ein Umdenken im Magistrat, als man begann, die Intensivierung der Wirtschaftsförderung und Möglichkeiten zu ihrer Effizienzsteigerung zu konzipieren. Man kam dabei zum Schluß, daß die Industrie in einer Großstadt nach wie vor einen wichtigen Motor wirtschaftlicher Dynamik darstellt und ihre Förderung im Hinblick auf die Erreichung eines optimalen Wirtschaftswachstums unerlässlich ist.<sup>15</sup> Die Bedeutung der Industrieansiedlung als Kernbereich der Wirtschaftsförderung spiegelt sich in der Konstruktion der seit 1968 geschaffenen Instrumente wider:

Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren die Serviceleistungen für Unternehmen, die sich in Wien neu ansiedeln oder ihren Standort innerhalb des Stadtgebietes verändern wollen, bedeutend erweitert. So wurde etwa im fiskalischen Bereich der Ansiedlungspolitik mit der »Förderungsaktion für Betriebsneansiedlungen und strukturverbessernde Betriebsverlagerungen« (IAS-Aktion) begonnen. Dabei wurden Unternehmen für die Errichtung von Betriebsobjekten und die Adaptierung von Altobjekten im Jahre 1975 rund 10,3 Millionen Schilling an Baukostenzuschüssen gewährt. Ein weiteres Einzelinstrument neueren Datums stellte die »Förderungsaktion für den Großhandel« dar, in deren Rahmen Baukostenzuschüsse an Wiener Unternehmen vergeben wurden, die Betriebsobjekte zum Zweck des Großhandels errichteten.<sup>16</sup> Insgesamt wurden 1975 rund 4,1 Millionen Schilling an Zuschüssen gewährt.

Künftig sollen nun beide Förderungsinstrumente in der »Aktion zur Verbesserung der Struktur der Wiener Wirtschaft« zusammengefaßt wer-

den. Die Voraussetzungen für eine Förderung sind wie folgt zu präzisieren: Gefördert wird die Errichtung neuer Betriebsobjekte an neuen oder bereits bestehenden Standorten in Wien, gleichzeitig auch der Ankauf und die Adaptierung von Altobjekten für betriebliche Zwecke. Mit dem Vorhaben soll unter anderem die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die anders nicht mögliche Sicherung von Arbeitsplätzen oder aber eine Verbesserung der Umweltsituation am Betriebsstandort verbunden sein; damit seien nur drei Ziele der Aktion erwähnt, denen Förderungswerber zu entsprechen haben. Es werden wiederum Baukostenzuschüsse gewährt, die baulichen Investitionen müssen allerdings mindestens 2,5 Millionen Schilling betragen.<sup>17</sup>

Für die Förderung des Gewerbes stehen spezielle Instrumente zur Verfügung. Im Rahmen der seit elf Jahren betriebenen »Existenzgründungsaktion« wurden bisher Kredite an Gewerbeunternehmen vergeben, das Kreditvolumen betrug im Jahre 1975 über 108 Millionen Schilling. Bestehenden Betrieben diente bisher die »Kreditaktion zur Modernisierung von Wiener Handels- und Gewerbebetrieben«, 1975 wurden Kredite in der Höhe von 162 Millionen Schilling gewährt. Beide Instrumente sollen in Hinkunft zusammen mit kleineren Aktionen durch die »Wiener Kleinbetriebezuschußaktion für Neugründungen und Modernisierungen (KBZ-Aktion)« ersetzt werden. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sollen nun Investitionskostenzuschüsse, und zwar bei Investitionen in der Höhe von 10.000 bis 500.000 Schilling, gewährt werden. Erstmals wird im Zuge der KBZ-Aktion eine Branchenauswahl getroffen; so soll eine Anzahl von gewerblichen Branchen als nicht förderungswürdig bezeichnet werden. Gleichzeitig können Branchen, die der Nahversorgung der Bevölkerung dienen, besondere Begünstigungen in Anspruch nehmen.<sup>18</sup>

Die erwähnten Veränderungen des Förderungsinstrumentariums, die in Kürze vom Gemeinderat beschlossen werden sollen, weisen auf einen Wandel in den fiskalpolitischen Konzeptionen der Wirtschaftsförderung hin, der beachtenswert ist. Immerhin trägt eine Zusammenfassung von Aktionen zu einer Koordinierung des Wirtschaftsförderungsprozesses bei, was wiederum die Berücksichtigung politischer Grundsätze erleichtert. So kann in diesem Zusammenhang etwa eine notwendige, vor allem vom Standpunkt der Konsumenten zu begrüßende Branchenselektion im Rahmen der Gewerbeförderung künftig leichter realisiert werden.

Ein Umdenken des Magistrats ist auch in bezug auf die Bundesförderung von Investoren zu erkennen: Bekanntlich können ansiedlungswillige Unternehmer auch Kredite in Anspruch nehmen, die von Institutionen des Bundes oder halbstaatlichen Einrichtungen gewährt werden, man denke an die Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG und der Österreichischen Investitionskredit AG.<sup>19</sup> Künftig soll nun eine bessere Koordinierung von gemeindlicher und Bundesförderung erreicht werden. So ist beispielsweise im Rahmen der KBZ-Aktion eine Aufrechnung der Förderungssummen gegen die jeweils günstigste der Bundesaktionen vorgesehen, das heißt, vom einzelnen Investor wird eine maximale Ausnützung der Bundesmittel verlangt, ehe von der Gemeinde dann die Differenz des Förderungsbetrags aus kommunalen Mitteln bereitgestellt wird. Dieser Um-

stand ist insofern von Bedeutung, da in Österreich die Abstimmung der Wirtschaftsförderungsaktivitäten der Gebietskörperschaften aufeinander in der Regel nicht gegeben ist.

Wichtige Bürgschafts- und Haftungseinrichtungen für Wiener Unternehmen sind die »Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft« der Gemeinde, die Bürgschaften für Kredite zwischen 0,2 und 2,5 Millionen Schilling übernimmt und für 1976 ein beantragtes Kreditvolumen in der Höhe von 120 Millionen Schilling ausweist; desgleichen der 1969 geschaffene Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, dessen Haftung mit einer Bürgschaft des Bundes verbunden ist, und der zur Förderung jener Investitionen in Anspruch genommen werden kann, die »gesamtwirtschaftlich erwünschte Auswirkungen« erwarten lassen und zu einer Umstrukturierung der Produktionsstrukturen dienen.

Ein deutlicher Schwerpunkt der bisherigen Wirtschaftsförderung der Gemeinde, die Investitionserleichterung mittels Flächenbereitstellung an Unternehmen, findet in den »Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik« (1970) seinen Ausdruck, wenn festgestellt wird: »Einen bedeutenden Beitrag stellt die Erschließung von Flächen für Betriebe dar. Die Stadtverwaltung wird das laufende großflächige Betriebsflächenerschließungsprogramm beschleunigt fortsetzen und in den nächsten Jahren dem festgestellten Bedarf entsprechend neue Flächen auswählen, widmen und erschließen. Die Stadtverwaltung wird auch weiterhin die Neuansiedlung und Umsiedlung von Betrieben mit Zukunftschancen durch Bereitstellung von in ihrem Eigentum stehenden Grundflächen unterstützen.«<sup>20</sup> Das Programm der Betriebsflächenerschließung wurde bereits im Jahre 1967 mit einer Untersuchung über die Eignung von 14 Teilflächen als Industriestandorte eingeleitet. 1969 begann dann die erste Etappe der Produktion und Vermarktung von Industriestandorten mit der Aufschließung von vier größeren Teilflächen, wobei die gesamten Aufschließungskosten für die Bruttofläche von 126,4 Hektar auf rund 280 Millionen Schilling geschätzt werden. In den darauffolgenden Jahren wurde die Flächenerschließung fortgesetzt, womit schließlich die später untersuchten neuen Industriezentren am Stadtrand entstanden.<sup>21</sup>

In der Zwischenzeit wurde im Wiener Wirtschaftsbeirat eine neue Form der Flächenvergabe an Unternehmen diskutiert. Auf der Grundlage neu geschaffener »Baurechtsverträge« werden Investoren in Zukunft die Möglichkeit haben, Betriebsobjekte auf Grundstücken zu errichten, die von der Gemeinde zu äußerst günstigen Konditionen (Senkung des Pachtzinsatzes und so weiter) verpachtet werden. Den Unternehmen steht es frei, zu einem späteren Zeitpunkt die Grundstücke wieder zu räumen oder aber billig zu erwerben.

Im Jahre 1969 wurde von der Gemeinde schließlich die privatrechtlich organisierte »Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft mbH« (WIBAG) als eine Service- und Verwaltungsinstitution geschaffen. Ihre grobe Zielsetzung ist die »Strukturverbesserung der Wiener Wirtschaft«, im § 3 des Gesellschaftsvertrages wird als Gesellschaftszweck unter anderem »der Erwerb von bebauten Grundstücken durch Kauf oder Tausch beziehungsweise im Rahmen eines Bestands-, Nutzungs- oder Baurechtsverhältnisses



und die Verwertung dieser Grundstücke zu wirtschaftlichen Zwecken, die Aufschließung von Liegenschaften und die An- und Umsiedlungen von wirtschaftlichen Unternehmen aller Art...« angegeben. Seit mehr als sechs Jahren werden von der WIBAG Grundstücke gekauft, aufgeschlossen und als Industrieflächen weiterverkauft, gleichzeitig stehen die Mitarbeiter der WIBAG den Unternehmen zur Beratung im An- und Umsiedlungsprozeß zur Verfügung.<sup>22</sup>

Die Konstruktion der WIBAG und ihre bisherige Tätigkeit machen wichtige Charakteristika der kommunalen Betriebsansiedlung deutlich. Zum einen wird bei der Werbung von Unternehmen durch die WIBAG in keiner Weise selektiv vorgegangen; im Prinzip kann jeder Investor, gleichgültig, welcher industriellen oder Großhandelsbranche er zuzurechnen ist, in den Genuß flächenbezogener Begünstigungen kommen. Von seiten der WIBAG wurden bisher keine Branchen als für die Ansiedlung in Wien besonders geeignet bezeichnet, gleichzeitig existiert auch keine Negativliste unerwünschter Branchen.

Daneben ist wichtig festzuhalten, daß bei weitem nicht alle ansiedlungswilligen Betriebe von der WIBAG erfaßt werden und daß diese Erfassung überhaupt nur unzureichend möglich ist. Dies sei am Beispiel zweier Investoren verdeutlicht: Ein Unternehmer, der eine Neugründung ins Auge faßt, sucht Kontakt mit dem Magistrat. Er sieht sich einer Vielzahl von Stellen gegenüber; bei der einen wird er über freistehende Flächen informiert, bei der anderen über kreditpolitische Begünstigungen, bei der dritten über die Haftungsmöglichkeiten und so weiter. Der Förderungsprozeß wird kompliziert und langwierig, da es im Rathaus keine Koordinierungsstelle gibt, die zusammenfassende Information über Ansiedlungserleichterungen zu bieten imstande ist. Ein anderer Unternehmer wird durch Werbematerial der WIBAG angesprochen. Ihre Angestellten werden ihm daraufhin die Möglichkeiten flächenbezogener Investitionsbegünstigungen auseinandersetzen; erklärt sich der Unternehmer zur Ansiedlung bereit, wird ihm das Grundstück verkauft. Um jedoch in den Genuß fiskaler Investitionserleichterungen zu kommen, ist auch dieser Investor gezwungen, den Weg zum Magistrat zu gehen.

Das geschilderte Beispiel zeigt nicht nur die Schwerfälligkeit auf, mit der in Wien Wirtschaftsförderung betrieben wird, es beweist gleichzeitig, wie wenig die WIBAG auf Grund ihrer mangelhaften Konzeption nach innen zu wirken imstande ist.

#### **IV. Zur Praxis der Wiener Betriebsansiedlung**

Eine Analyse der praktischen Konsequenzen wirtschaftsfördernder Maßnahmen im Bereich der Bundeshauptstadt ist insofern schwierig, als die Ergebnisse in den einzelnen Bereichen der Förderungspolitik unregelmäßig, zum Teil auch oft nur in mangelhafter Weise veröffentlicht werden.

Ohne Schwierigkeit kann eigentlich nur die bisherige Tätigkeit der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft eingeschätzt werden, immerhin existiert ein Tätigkeitsbericht dieser Institution, der den Zeitraum von ihrer Gründung im März 1969 bis Ende 1974 behandelt.<sup>23</sup>

Die WIBAG hat in diesem Zeitabschnitt an 107 Industrie- und Großhandelsfirmen Flächen vergeben. Bei mehr als drei Viertel von ihnen handelte es sich um österreichische Unternehmen. Bis Ende 1974 wurden 1,170.707 Quadratmeter Industrieflächen zur Verfügung gestellt. Die neu angesiedelten Firmen beschäftigten im Dezember des gleichen Jahres 10.569 Personen, wobei wiederum auf die österreichischen Unternehmen mehr als die Hälfte der neugeschaffenen Arbeitsplätze kommt. Unter den Neugründungen befinden sich neun Firmen, die der Gruppe der multinationalen Unternehmen zuzurechnen sind und 44,8 Prozent der Gesamtinvestitionssumme von 3382 Millionen Schilling getätigt haben, die auf die von der WIBAG angesiedelten Betriebe bis Ende 1974 entfiel.

Eine tabellarische Übersicht über die Ansiedlungsfälle der WIBAG wird im Anhang wiedergegeben.

Seit dem Beginn systematischer Ansiedlungsaktionen ist die Produktion von Standorten durch die Gemeinde in einigen Bezirken konzentriert. Hier stehen die notwendigen Grundstücke zur Verfügung, die etwa die Anlage neuer Industriezentren ermöglichen, welche wieder den neuansiedelnden Unternehmen den Vorteil des räumlichen Verbunds der Industrien gewähren. Gleichzeitig ist der von den meisten Firmen gewünschte Anschluß der Standorte an die überregionalen Verkehrssysteme mit einem Minimum an Kosten durchzuführen. Ein weiterer Grund ist in der Randwanderung der arbeitsfähigen Wohnbevölkerung zu sehen. So wiesen die äußeren Gemeindebezirke im Zeitraum 1961 bis 1971 durchwegs eine Zunahme der Wohnbevölkerung auf (Favoriten + 18.349, Simmering + 8982, Floridsdorf + 24.312, Donaustadt + 22.669, Liesing + 22.600), während traditionelle Wohnbezirke Bevölkerungsverluste verzeichneten (Landstraße — 12.859, Alsergrund — 10.357, Fünfhaus — 15.332, Ottakring — 9992 und so weiter).<sup>24</sup> Es handelte sich dabei um ein Resultat der von der Gemeinde Wien in den fünfziger und sechziger Jahren konsequent betriebenen Stadterweiterungspolitik, als neue Wohnzentren in Stadtrandgebieten erbaut wurden. Die meisten der neuen Industrieflächen wurden und werden in räumlicher Nähe dieser Wohngebiete aufgeschlossen. Ende 1974 waren 28,8 Prozent der neu aufgeschlossenen Flächen in Floridsdorf gelegen, während auf Simmering 23,4 Prozent entfielen; desgleichen wurden bedeutendere Flächen in den Bezirken Donaustadt (14,8 Prozent) und Liesing (13,7 Prozent) umgewidmet. In weiteren sechs Wiener Gemeindebezirken wurden ebenfalls Industriestandorte geschaffen, es geschah hier jedoch in einem weit geringeren Maße.<sup>25</sup> Eine Charakterisierung der Betriebsbaugebiete ist ebenfalls im Anhang zusammengestellt.

Wirtschaftliche Unternehmen verbinden mit einer Standortverlagerung für gewöhnlich eine Ausweitung ihrer Produktion. Sie werden bei ihrer Standortwahl großflächige Industriegebiete ebenso bevorzugen wie Firmen, die in eine Betriebsneugründung investieren und dabei Produktion und Verwaltung am Standort vereinigen wollen. Die Gemeinde Wien hat durch die großräumige Erschließung von Arealen am Stadtrand diesem Umstand Rechnung getragen. Die räumliche Lage der neuen Industriezentren im Stadtgebiet beweist wiederum, daß wirtschaftsfördernde Investitionen der öffentlichen Hand in Form der Standortproduktion mit Rück-

sicht auf die Verkehrsinfrastruktur eben dort erfolgte, wo eine Verknüpfung der Flächen mit den Regional- und Fernverkehrssystemen möglich war. Damit war einem zweiten Anspruch der ansiedelnden Unternehmen, der reibungslosen Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs unter Minimierung der Transportkosten, entsprochen.

Neben Grundstücksgröße und Verkehrserschließung hat jedoch vor allem das Arbeitskräftepotential auf die Unternehmen Anreize ausgeübt. Die Anlage der Industriegebiete erfolgte durchwegs in unmittelbarer Nähe neuer Siedlungsgebiete, und dies nicht nur, weil damit der gleichzeitige infrastrukturelle Aufschluß der Wohn- und Industriegebiete möglich wurde. Im Rathaus wurde offen mit der Heranziehung des unausgeschöpften Arbeitskräftepotentials der Neubaugebiete spekuliert, vor allem sollten weibliche Arbeitskräfte, die vor ihrer Übersiedlung an den Stadtrand berufstätig gewesen waren, für den Arbeitsprozeß reaktiviert werden und als ein positiver Standortfaktor zur Ansiedlung von Industrien mit beitragen.

Die Branchenzugehörigkeit der angesiedelten Betriebe zeigt, daß sie sich tatsächlich an der Geschlechts- und Qualifikationsstruktur der im räumlichen Verbund befindlichen Wohnbevölkerung orientiert haben. Es finden sich überdurchschnittlich viele Firmen der Elektroindustrie, der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung und der Bekleidungsindustrie, und ihre Belegschaften weisen einen hohen Anteil an Frauen auf. Die Unternehmen finden in den aufstrebenden Wohngebieten relativ leicht ihre meist niedrig entlohnten und in Halbtagschichten arbeitenden weiblichen Arbeitskräfte.

Vergleicht man die Begünstigungen, die den Unternehmen im Ansiedlungsprozeß zuteil werden, mit einigen Spezifika, die die Situation der in den Werken Beschäftigten kennzeichnen, so zeigt sich, daß die Betriebsansiedlungspolitik der Gemeinde doch recht eindeutig an der Bedarfsbefriedigung der privaten Wirtschaft orientiert ist. Wie bereits erwähnt, verbindet etwa ein gut ausgebautes Straßennetz die Industriezentren mit dem Regional- und Fernverkehr beziehungsweise mit den innerstädtischen Bezirken, gleichzeitig sind die Stadtrandgebiete auch untereinander durch Straßen optimal verbunden, was den Anreiz zur Ansiedlung für die Firmen künftig noch verstärken könnte.

Die Verkehrsmittel zur Bewältigung des Berufsverkehrs sind zwar ebenso vorhanden, auch zeigt sich vor allem die Bedeutung der Schnellbahn, etwa für die Fahrt von Arbeitskräften über mehrere Bezirke hinweg und für den Transport von im Umland der Stadt wohnhaften Personen. Auffallend ist jedoch die Benachteiligung des Berufsmassenverkehrs durch die mangelhafte Verbindung der städtischen Außenzonen untereinander; es gibt nur wenige dem Berufsverkehr dienende Linien, die eine direkte Verbindung dieser Außenzonen darstellen. Für die zahlreichen Arbeitskräfte, die in dem einen Stadtrandgebiet wohnen und in einem anderen arbeiten, entstehen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel etwa die bekannten Umwege über die Bezirkszentren (zum Beispiel von Leopoldau über Floridsdorf nach Strebersdorf). Für die Beschäftigten erweist sich des weiteren die Verkehrsverbindung zum einzelnen Betrieb oftmals als mangelhaft. Die Arbeitskräfte zahlreicher Firmen müssen, sofern sie keinen eige-

nen Pkw besitzen, von der Station des Massenverkehrsmittels zum Betrieb beachtliche Distanzen zurücklegen. Dies gilt für im Industriezentrum Inzersdorf Beschäftigte ebenso wie für Arbeitskräfte in den Zentren Auhof und Liesing.

### **V. Gewerkschaftliche Zielsetzungen zur Wirtschaftsförderung in Wien**

In den bisherigen Abschnitten konnten Besonderheiten der Wiener Wirtschaftsförderung aufgezeigt werden. Die Gegenüberstellung von Spezifika der Wiener Wirtschaft mit der kommunalen Zielsetzung eines ausgewogenen Mischungsverhältnisses zwischen sekundärem Bereich und Dienstleistungssektor sollte an den Ausgangspunkt für die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen auf dem Gebiet der Investitionsförderung erinnern. Die Beschreibung von Förderungsinstrumenten bewies wiederum die Schwerfälligkeit und mangelnde Selektivität, die den Förderungsprozeß kennzeichnen; gleichzeitig konnten Ansätze zu einem gewissen Wandel in den Konzeptionen (Zusammenfassung von Instrumenten, Branchenauswahl bei der Gewerbeförderung) nachgewiesen werden. Schließlich beschäftigten wir uns eingehender mit der Betriebsansiedlung der Gemeinde, die, zum Unterschied von anderen Förderungsbereichen, mit Hilfe veröffentlichter Daten einigermaßen erfaßt werden kann, und zeigten, daß die Ansiedlung von Industrie- und Großhandelsbetrieben den eigentlichen Kernbereich der Wirtschaftsförderung in Wien darstellt.

Abschließend soll nun eine Zusammenfassung der wesentlichsten Mängel der kommunalen Wirtschaftsförderung deutlich machen, welche Grundsätze künftig stärkere Bedeutung im Rahmen der Förderungspolitik erhalten sollten.

Unzureichend scheint zum ersten die Kosten-Nutzen-Überlegung. Die Gemeinde ist bemüht, vor allem mit Hilfe von Betriebsansiedlungen eine Erhaltung des industriellen Potentials in Wien zu erreichen. Durch den Zuzug neuer Betriebe sollen künftige Steuereinnahmen gesichert und damit die Finanzkraft der Stadt verbessert werden. In diesem Zusammenhang wurden bisher nur unzureichende Schätzungen von Kosten und Nutzen öffentlicher Investitionen vorgenommen. Die Gemeindestatistiken geben Auskunft über die Zahl der Ansiedlungen und der damit geschaffenen Arbeitsplätze, sie enthalten grobe Angaben über die Kosten der Grundstücksaufschließungen, im besten Fall werden auch noch künftige Steuereinnahmen geschätzt. Besonders die Kostenseite der Überlegungen zeichnet sich durch Oberflächlichkeit aus, vor allem bleibt die von der Gemeinde verlangte Beseitigung der durch die Industrien verursachten negativen externen Effekte in Erfolgsbilanzen unberücksichtigt.

An dieser Stelle soll jedoch auch an den Umstand erinnert werden, daß eine umfassende Kosten-Nutzen-Rechnung auf Gemeindeebene praktisch unmöglich ist. Dies ist vor allem auf die bei investitionsfördernden Maßnahmen auftretenden regionalen Spill-Over-Effekte zurückzuführen; so werden Kosten und Erträge einer bestimmten Förderung außerhalb der agierenden Kommune realisiert. Darüber hinaus zwingt der Mechanismus

des Finanzausgleichs, der bekanntlich die Zuweisungen an die Gemeinden zu einem großen Teil von deren Steuerkraft abhängig macht, die Kommunen beispielsweise, Betriebe auch dann zu fördern, wenn der Saldo von Kosten und Nutzen ohne Berücksichtigung des Finanzausgleichs negativ wäre. Als zweiter Mangel des Finanzausgleichs kann die Gebundenheit der Zuweisungen an eine einzelne Gemeinde bezeichnet werden, dadurch wird die regionale Kooperation von Gemeinden zusätzlich erschwert.

Immerhin kann ein weiteres Negativum, die Konkurrenz zwischen der Stadt Wien und Niederösterreich, die im Zuge der Wirtschaftsförderung deutlich wird, auch auf die verfehlte Finanzausgleichskonzeption zurückgeführt werden. Bekanntlich befinden sich beide Gebietskörperschaften im Wettstreit um jeden einzelnen Investor; niederösterreichische Stellen versuchen mit beträchtlichem finanziellem Aufwand die Agglomerationsvorteile Wiens auszunützen und haben im Umlandbereich der Stadt eigene Industriezentren angelegt. Für beide Beteiligten erhöhen sich damit die Kosten der Wirtschaftsförderung.

Ein Mangel ist schließlich nach wie vor in der mehrfach erwähnten unzureichenden Selektivität zu sehen. Zwar nennen verschiedene kreditpolitische Instrumente in Hinkunft wenigstens bestimmte Voraussetzungen, unter denen eine Förderung erfolgen kann, auch soll bei der Gewerbeförderung künftig zumindest eine gewisse Auswahl von Branchen stattfinden, gleichzeitig sollen im Rahmen der »Baurechtsverträge« flächenbezogene Investitionsbegünstigungen nicht mehr allen Unternehmen zugute kommen, die eine Förderung anstreben. Allerdings stehen die praktischen Auswirkungen dieser Maßnahmen noch aus.

Die geschilderten Tatbestände zeigen, wie notwendig eine weitere Veränderung in den Konzeptionen der kommunalen Wirtschaftsförderung wäre. In Zukunft sollten vor allem folgende Grundsätze stärker berücksichtigt werden:

1. Die regionale Abstimmung von Förderungsmaßnahmen sollte verbessert werden: Noch immer gibt es in Österreich keine bundesweite Abstimmung der regionalen Wirtschaftsförderung. Dieser Umstand manifestiert sich auch in der Nicht-Koordination zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, er bringt für die Stadt Wien verschiedene Nachteile mit sich. Das gegenwärtige Ergebnis der unkoordinierten Wirtschaftsförderung ist die Konzentration von Betriebsansiedlungen in und um Wien, wie erwähnt sind die Planungsstellen der Niederösterreichischen Landesregierung seit geraumer Zeit bemüht, Industriezonen in der Nähe der Agglomeration Wien anzulegen. Diese Entwicklung ist in mancher Hinsicht problematisch: Einmal wird das Ziel des Magistrats, in Wien eine optimale Mischung von Industrie und Dienstleistungen zu erreichen, schwieriger zu realisieren, wenn das Land Niederösterreich eine Politik der Abwerbung betreibt. Gleichzeitig erweitert sich damit der Pendler-einzugsbereich, da von den Industrien in Wien Arbeitskräfte aus entlegenen Gebieten der Ostregion angeworben werden müssen. Dies gilt jedoch zum Teil auch für die in den Industriezentren im Umland von Wien angesiedelten Betriebe, womit ernsthaft gefragt werden muß, ob denn überhaupt die Anlage agglomerationsnaher Industrieparks durch niederöster-

reichische Stellen als ausreichendes Industrialisierungskonzept für das Bundesland bezeichnet werden kann.

Eine Trendumkehr könnte durch das Bekenntnis zum Prinzip der dezentralisierten Konzentration erreicht werden. Dabei würden die Bundeshauptstadt — als Zentrum der Ostregion — und mehrere städtische Mittelzentren, im weiteren Umland verstreut, die Versorgung mit Arbeitsplätzen und Dienstleistungen gewährleisten. Eine Schwerpunktbildung dieser Art sollte jedoch keineswegs zu einer Aufgabenteilung führen, in der sich etwa die Stadt Wien auf die Ausgestaltung des Dienstleistungssektors konzentriert und den Sekundärbereich den übrigen zentralen Orten überläßt, vielmehr sollte die Herausbildung jeglicher Monostruktur verhindert werden.

Die rechtlich-organisatorischen Voraussetzungen für eine Abkehr von der nichtkoordinierten Förderung könnten im Zuge von Vereinbarungen der betroffenen Länder in eigens dafür bestimmten Planungsgemeinschaften geschaffen werden. Beispielsweise existiert seit 1967 bereits eine Planungsgemeinschaft »Wien — Niederösterreich«, die sich allerdings bisher nicht mit Fragen der Wirtschaftsförderung beschäftigt hat.

2. Wirtschaftsförderung ist auf das Arbeitskräfteangebot abzustimmen: Die Streuung des Arbeitskräfteangebots spricht gegen eine Konzentration des Dienstleistungsbereichs in Wien. Wirtschaftsfördernde Maßnahmen müßten gewährleisten, daß die Wiener Wirtschaftsstruktur qualitativ und quantitativ dem im Einzugsbereich vorhandenen Arbeitskräfteangebot entspricht. Ungeklärt ist nach wie vor die Frage, ob und in welchem Ausmaß durch eine aktive Förderungspolitik die Zuwanderung von Arbeitskräften verstärkt werden soll.

3. Wirtschaftsförderung ist auf die Stadtentwicklung abzustimmen: Eine erfolgreiche Investitionsförderung kann nur in engem Zusammenhang mit den Konzeptionen der Stadtentwicklung erreicht werden. Im Rahmen eines Stadterneuerungsplans für Wien könnte zum Beispiel durch die Errichtung von Gewerbehöfen Förderungspolitik betrieben werden. Eine solche Politik könnte der Erhaltung beziehungsweise der Verbesserung der Nahversorgung dienen und Arbeitsplätze im engeren Wohnbereich der Arbeiter und Angestellten bereitstellen. Dieses Prinzip würde auch dem heute anerkannten städteplanerischen Grundsatz der Funktionsmischung entsprechen, der davon ausgeht, daß Wohn-, Arbeits- und Einkaufsbereiche im räumlichen Verbund angelegt werden sollen.

Gleichzeitig müßte die Betriebsansiedlung jedoch auch auf die Stadterweiterungskonzeption abgestimmt werden. Dabei sollten die bereits ausgewiesenen Betriebsbaugebiete ausgenützt werden, ehe man an die Erschließung neuer Industriezentren in den Stadtrandgebieten geht. Nicht zuletzt würde die Einhaltung der genannten Abstimmungsgrundsätze auch der Forderung entsprechen, wonach Wirtschaftsförderung doch vor allem auf die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung Rücksicht zu nehmen hat.

4. Wirtschaftsförderung und Umweltpolitik müssen einander ergänzen: Die Funktionsmischung wird nur dann sinnvoll sein, wenn bei der Investitionsförderung auch auf externe Effekte des Produktionsprozesses — auf verschiedene Umweltauswirkungen — Rücksicht genommen wird. Die

Gemeinde Wien müßte, etwa gemeinsam mit dem Bund, Maximalwerte über zulässige Umweltbelastungen entwickeln, die wiederum der Wirtschaftsförderung zugrunde zu legen sind. Damit könnte eine Verbesserung der Umweltqualität im Bereich der Stadt Wien erreicht werden. Überhaupt wäre zu fragen, ob nicht die Verbesserung der Umweltqualität des Produktionsprozesses ein eigenes Kriterium im Rahmen der Investitionsförderung darstellen müßte und bei allen Förderungsaktionen umweltpolitische Normen berücksichtigt werden sollten, nach denen sich Investoren zu richten haben. Modifikationen dieser Art liegen wiederum im Interesse der Wiener Bevölkerung.

5. Wirtschaftsförderung muß auf ein zukunftsträchtiges Produktionsprogramm abgestimmt sein: Die Förderungspolitik der Gemeinde Wien sollte auf bestimmte Produkte beziehungsweise Produktionsprogramme konzentriert werden. Eine derartige Prioritätenliste wird zurzeit vom Wiener Institut für Standortberatung ausgearbeitet. Die Stadtverwaltung sollte sich in Hinkunft auf arbeitsintensive, weiterverarbeitende Produktionszweige konzentrieren, deren Wettbewerbsfähigkeit weniger vom Lohnniveau als vom *know-how* und der Qualifikation der Arbeitskräfte abhängt. Es sollte vor allem der Kontakt zum in der Bundeshauptstadt vorhandenen Dienstleistungs- und Forschungsbereich sowie zum Letztverbrauchermarkt ausgenützt werden. Im Zuge der Anlage von Industriezentren am Stadtrand sollten Branchen mit Neigung zur Industriekomplexbildung bevorzugt gefördert werden.

6. Der Trend zur Zusammenfassung verschiedener Instrumente der Investitionsförderung ist gutzuheißen; in diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob nicht auf dem Sektor der Betriebsansiedlung eine Serviceinstitution zu schaffen wäre, der eine umfassende Koordinationsfunktion zukommt. Wie erwähnt, erfüllt die WIBAG diese Aufgabe derzeit nur mangelhaft.

## ANHANG

### 1. Reihung der WIBAG-Ansiedlungsfälle nach Investorländern:<sup>26</sup>

Österreich	81 Unternehmen	(75,7 %)
Deutschland	10 Unternehmen	(9,4 %)
Mischbesitz	5 Unternehmen	(4,7 %)
Schweiz	4 Unternehmen	(3,7 %)
USA	2 Unternehmen	(1,9 %)
Schweden	2 Unternehmen	(1,9 %)
Frankreich	1 Unternehmen	(0,9 %)
Holland	1 Unternehmen	(0,9 %)
England	1 Unternehmen	(0,9 %)

2. Bis zum Ende des Jahres 1974 wurden den Firmen 1.170.707 m<sup>2</sup> an Industrieflächen zur Verfügung gestellt. Dabei ergingen

692.907 m <sup>2</sup>	(59,3 %)	an österreichische Unternehmen,
184.731 m <sup>2</sup>	(15,8 %)	an die Unternehmen in Mischbesitz,
122.122 m <sup>2</sup>	(10,5 %)	an deutsche,
85.400 m <sup>2</sup>	(7,3 %)	an amerikanische,
42.742 m <sup>2</sup>	(3,7 %)	an Schweizer,
14.120 m <sup>2</sup>	(1,2 %)	an schwedische,
13.700 m <sup>2</sup>	(1,2 %)	an englische,
7.781 m <sup>2</sup>	(0,6 %)	an französische und schließlich
5.004 m <sup>2</sup>	(0,4 %)	an holländische Unternehmen. <sup>27</sup>

3. Die Beschäftigtenzahlen verteilten sich 1974 auf die Investorländer folgendermaßen:<sup>28</sup>

Österreich	5674 Arbeitskräfte	(53,7 %),
Deutschland	1773 Arbeitskräfte	(16,8 %),
USA	1185 Arbeitskräfte	(11,2 %),
Mischbesitz	1005 Arbeitskräfte	(9,6 %),
Schweiz	617 Arbeitskräfte	(5,8 %),
Holland	150 Arbeitskräfte	(1,4 %),
Schweden	100 Arbeitskräfte	(0,9 %),
Frankreich	40 Arbeitskräfte	(0,4 %),
England	25 Arbeitskräfte	(0,2 %).

4. Auf Grund der getätigten Investitionen ergibt sich 1974 folgende Reihung nach Investorländern:<sup>29</sup>

Österreich	1484 Mio. S	(43,9 %)
Mischbesitz	844 Mio. S	(25,9 %)
Deutschland	442 Mio. S	(13,0 %)
USA	320 Mio. S	(9,5 %)
Schweiz	200 Mio. S	(5,9 %)



Schweden	36 Mio. S	(1,1 %)
Holland	22 Mio. S	(0,6 %)
Frankreich	20 Mio. S	(0,6 %)
England	14 Mio. S	(0,4 %)

5. Bei den durch die WIBAG angesiedelten multinationalen Unternehmen handelt es sich um folgende Betriebe:<sup>30</sup>

	Beschäftigte	Investitionen in Mio. Schilling	Flächenanspruch
ITT Austria GmbH (USA)	1080	280	65.492 m <sup>2</sup>
Österr. Unilever GmbH (GB/NL)	530	759	161.000 m <sup>2</sup>
Hoechst Austria GmbH (BRD) (Standort 12. Bezirk)	500	170	28.000 m <sup>2</sup>
Kelly GmbH (CH)	156	57	18.337 m <sup>2</sup>
Österr. Philips Industrie- Fabrikations GmbH (NL)	150	22	5.004 m <sup>2</sup>
Schering Wien GmbH (BRD)	116	60	10.692 m <sup>2</sup>
Potter Instrument Corporation GmbH (USA)	105	40	19.908 m <sup>2</sup>
Sandvik in Austria GmbH (SWE)	100	35	11.451 m <sup>2</sup>
Hilti GmbH (FL/CH)	80	40	7.600 m <sup>2</sup>
Hoechst Austria GmbH (BRD) (Standort 21. Bezirk)	60	50	21.546 m <sup>2</sup>

6. Eine zusammenfassende Aussage über die Bedeutung der Multinationalen wird durch den Vergleich mit allen anderen Firmen erreicht:<sup>31</sup>

	Beschäftigte	Investitionen in Millionen Schilling	Flächenanteil in m <sup>2</sup>
9 Multinationale	2.887 (27,2 %)	1.513 (44,8 %)	349.030 (29,8 %)
98 andere	7.692 (72,8 %)	1.869 (55,2 %)	821.677 (70,2 %)
107 Unternehmen	10.569 (100,0 %)	3.382 (100,0 %)	1.170.707 (100,0 %)

### 7. Kurze Charakteristik der Betriebsbaugebiete<sup>32</sup>

a) Das Industriezentrum Auhof: Es ist im Westen der Stadt, im 14. Bezirk, an der Wientalstraße gelegen und ist 190.000 Quadratmeter groß. Durch seine Lage ermöglicht es in optimaler Weise den Transport von Wirtschaftsgütern. Durch die Wientalstraße, einer Straße erster Ordnung entsprechend der vertikalen Klassifikation des Wiener Straßennetzes nach

funktionellen Gesichtspunkten durch die MA 18, ist es mit der Westautobahn und dem Zentrum verbunden. Über ein Straßennetz zweiter Ordnung (Lainzer Straße, Atzgersdorfer Straße) kann der Süden der Stadt und somit ein weiterer neuentstandener Industriepark, das Zentrum Liesing, erreicht werden.

Angesiedelt hat sich im Auhof unter anderem die Schering Wien GmbH, ein Unternehmen der chemischen Industrie im Besitz der deutschen Schering AG, eines multinationalen Konzerns mit fünf Werken und elf Tochtergesellschaften in der BRD; des weiteren haben Betriebe der Möbelindustrie (Rossmann), der Pharmaindustrie (Sanus) und der Watterzeugung (Rauscher) ihren Standort.

Die Arbeitskräfte können unter anderem eine im Tarifverbund mit den Wiener Verkehrsbetrieben geführte Autobuslinie zum Bahnhof Hadersdorf der Westbahn in Anspruch nehmen. Weiters sollen Autobusse über die Linzer Straße die Verbindung mit dem Ortskern von Hütteldorf und damit mit Straßenbahn- und Stadtbahnlinien herstellen.

b) Das Industriezentrum Strebersdorf: In den Jahren 1969 bis 1971 wurden 45,2 Hektar Grund beiderseits der Scheydgasse in Strebersdorf aufgeschlossen. Zusammen mit dem benachbarten 14,8 Hektar großen Grundstück der Trauzlwerke AG entstand ein Industrieareal, welches durch die Prager Straße (Straße 2. Ordnung) mit der Korneuburger Autobahn, desgleichen mit dem Stadtzentrum und künftig auch mit der Donauuferautobahn verbunden ist. Durch lokale Gleisanschlüsse sind die Industriegrundstücke mit der Nordwestbahn verbunden.

Hier hat die ITT Austria GmbH, eine Tochter des zu den zehn größten amerikanischen Industriegesellschaften zählenden ITT-Konzerns, mit ihren über 1000 Arbeitsplätzen ihren Standort. Ein weiteres angesiedeltes Unternehmen der Elektroindustrie ist die Tungsram Austria AG, die 355 Arbeitskräfte beschäftigt. Wichtige Betriebe des Maschinenbaus (Böhler), der Geräteerzeugung (Sandvik) und des Kesselbaus (Pavelka) nützen desgleichen die Standortvorteile des nördlichen Stadtrands.

Das Industriezentrum Strebersdorf ist an der Schnellbahn gelegen, die etwa von außerhalb Floridsdorfs wohnenden Arbeitskräften und von der Arbeitsbevölkerung aus dem Raum Leopoldau in Anspruch genommen wird. Die auf der Prager Straße verkehrende Straßenbahnlinie soll in Floridsdorf wohnhafte Arbeiter und Angestellte zum Industriezentrum bringen.

c) Die Trabrenngründe: Es handelt sich um ein Betriebsbaugelände im 22. Gemeindebezirk im Ausmaß von 190.000 Quadratmetern. An der Wagramer Straße gelegen, ist es über diese Verkehrsfläche 2. Ordnung mit dem Stadtzentrum verbunden, desgleichen durch Leopoldauer und Siemensstraße (Straßen 2. Ordnung) mit Floridsdorf. Der Verkehrsknoten Kagraner Platz und die Wagramer Straße verknüpfen die Trabrenngründe mit den übrigen Industrieflächen des 22. Bezirks, künftig wird über die Wagramer Straße auch der Anschluß an die Donauuferautobahn gegeben sein.

Hier ist die Betriebsgründung der Kelly GmbH zu erwähnen; das Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschäftigt 156 Per-

sonen, befindet sich in Schweizer Besitz und gehört zum Konzern der American Popcorn Company. Wichtige auf den Trabrenngründen angesiedelte Betriebe sind des weitern die Firma Knoblich Licht, ein Werk der Elektroindustrie, und die deutsche Total KG, in diesem Unternehmen erzeugen 86 Beschäftigte Löscheräte.

Die Trabrenngründe sind durch zwei Autobuslinien mit den Schnellbahnhaltstellen Süßenbrunn und Leopoldau verbunden, die den Arbeitskräften aus Niederösterreich als Umsteigstellen dienen. Weiters können Autobuslinien, die ins Zentrum von Kagran verkehren, für den Berufsverkehr genützt werden.

d) Das Industriezentrum Liesing: Mit einem Ausmaß von 440.000 Quadratmetern ist es das größte der Aufschließungsgebiete, seine Lage im Süden von Wien begünstigt die verschiedenen Arten des Wirtschaftsverkehrs. Für die meisten der Grundstücke ist ein Gleisanschluß an die Südbahn gegeben. Über die unter a) genannten Straßen 2. Ordnung sind die westlichen Bezirke erreichbar, über Perfektastraße und Triester Straße das Zentrum; die Triester Straße berührt gleichzeitig die Industriestandorte des Wiener Beckens und die Südautobahn.

Auf den in Liesing aufgeschlossenen Flächen hat sich unter anderen die Citroen Österreich GmbH niedergelassen, deren Investitionspläne eine zusätzliche Erweiterung der Betriebsfläche erwarten lassen, desgleichen ist die österreichische Einzelfirma Heinrich Rotter angesiedelt, ein Stahlbauunternehmen mit 100 Beschäftigten. Einen interessanten Sonderfall stellt die Gebrüder Hartmann KG dar. Von der Unternehmensleitung dieser in deutschem Besitz befindlichen Spezialfabrik für Druckfarben wurde eine echte Teilverlagerung durchgeführt, wobei ein Produktionsbereich im Industriezentrum Liesing angesiedelt wurde, während ein Teil der Produktion am alten Standort im 16. Bezirk verblieb.

Von den im Zentrum Liesing beschäftigten Arbeitskräften können drei Autobuslinien in Anspruch genommen werden, die das Areal mit der Schnellbahn (Bahnhof Liesing), den Wohnkomplexen des südlichen Stadtrands sowie mit dem 12. Gemeindebezirk verbinden.

In einer zweiten Ausbaustufe sind seit 1970 dann weitere Industrieflächen in den Bereichen der vorgesehenen Stadtentwicklungsachsen (Floridsdorf, Wagramer Straße, Stadlau, Simmeringer Heide, Stadterweiterung Süd) aufgeschlossen worden. Es hat in den letzten Jahren rege Ansiedlungstätigkeit eingesetzt, so daß bereits an eine Erweiterung der Flächen gedacht ist.

e) Industrieaugebiet Schererstraße: Es ist im 21. Bezirk in unmittelbarer Nähe der Großfeldsiedlung gelegen. Im Zuge der Aufschließungsarbeiten für das Wohnzentrum ist auch die Erschließung der Industrieflächen durchgeführt worden. Für das Betriebsgelände ist der gleiche Anschluß an die Verkehrsinfrastruktur gegeben wie für die Trabrenngründe, womit wiederum ein reibungsloser Ablauf des Wirtschaftsverkehrs gewährleistet ist. Für die Arbeitskräfte existieren Autobuslinien nach Kagran und zur Schnellbahnstation Leopoldau.

In dem Industriegebiet ist die Nahrungsmittelindustrie mit zwei Werken vertreten (Bahlsen, Hink), es finden sich Unternehmen des Apparate-

baus (Gebrüder Bach), der Schleifmittelerzeugung (SIG, in deutschem Besitz) und des Großhandels (Dubsky, Schweiz).

f) Industrieaugebiet Haidequerstraße: In diesem Fall wurde ein traditionelles Industrieareal für die Betriebsansiedlung erweitert. Im 11. Bezirk, im Bereich des Gaswerks Simmering und des Wiener Elektrizitätswerkes, standen auf dem ehemaligen Betriebsareal der Austria-Email-Werke Flächen für ansiedlungswillige Unternehmen zur Verfügung. Bisher hat hier die österreichische Tochter des britisch-niederländischen Unilever-Konzerns die Produktion aufgenommen, sie verfügt im Raum Wien über zwei weitere Werke und ist als das bedeutendste Unternehmen anzusehen, das in Österreich Waschmittel, Speisefette und Tiefkühlkost erzeugt. Der Bau der Betriebsstätte in Simmering gilt als das bisher größte realisierte Industrieprojekt im Rahmen der Ansiedlungsaktion der WIBAG. Im Bereich der 1. und 2. Haidequerstraße sind daneben auch die Vöslauer Heilquellen-Verwertungs-GmbH und die Union KG angesiedelt, eine deutsche Firma, die komprimierte Gase erzeugt. Die Firmen Panalpina AG (Spedition) und Grundig-Minerva-Ingelen (Radio- und Fernseherzeugung) haben hier Betriebsobjekte gemietet.

Das Industriegelände ist an der Ostbahn gelegen, der Wirtschaftsverkehr mit Lkw kann über Simmeringer Lände, Erdberger Lände und Simmeringer Hauptstraße aufgenommen werden. Jene Arbeitskräfte, die öffentliche Verkehrsmittel beanspruchen, gelangen mittels Straßenbahn (über die Simmeringer Hauptstraße) oder Autobusse (über die Erdberger Lände) zum Industriegebiet.

Durch den bedauerlichen Abbruch des Auslandsschlachthofs St. Marx, der in den Sommer- und Herbstmonaten dieses Jahres als selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum genutzt wurde, soll eine Erweiterung des Industriezentrums erreicht und ein Textilzentrum in Simmering geschaffen werden.

g) Industrieaugebiet beiderseits der Oberlaaer Straße: Ähnlich wie das Zentrum Liesing übt dieses im 10. Bezirk gelegene Industriegebiet einen großen Anreiz auf ansiedlungswillige Unternehmen aus. Dieser Umstand wird wiederum durch die günstige Lage des Areals im Verkehrsinfrastrukturnetz des südlichen Wien bewirkt: Auf dem Schienenweg können Güter über die Pottendorferlinie und die Donaulände-(Ost-)bahn transportiert werden, das überregionale Straßennetz ist über Oberlaaer und Himberger Straße zu erreichen.

Der größte der hier ansässigen Betriebe ist die Österreichische Rohrbau GmbH mit 797 Beschäftigten, es handelt sich um eine Tochter der Mannesmann Rohrbau AG in Düsseldorf. Weitere wichtige Firmen sind die Österreichische Samenzucht Haubensak und Co. mit 100 Beschäftigten und die deutschen Hukla-Möbelwerke.

Für die Bewältigung des Berufsverkehrs sind Buslinien eingerichtet, die auf Himberger und Laxenburger Straße verkehren.

h) Das Industriegelände Inzersdorf verfügt über lokale Gleisanschlüsse an die Südbahn, Lkw-Transporte werden durch die Nähe der Triester Straße und der Südautobahn begünstigt. Für den Berufsverkehr stehen

wiederum Buslinien, die allerdings im Ortskern von Inzersdorf enden, zur Verfügung.

In Inzersdorf ist die Potter Instrument Company GmbH angesiedelt, sie beschäftigt am Standort 105 Personen, die Steuergeräte erzeugen. Das Unternehmen ist Teil des amerikanischen multinationalen Potter-Konzerns. Im Zentrum Inzersdorf werden unter anderem auch Schweißapparate (Erwo Ernst Wottle und Co. KG) und Kläranlagen (Purator Ing. Östreicher und Co. GmbH) erzeugt.

i) Industrieaugebiet Ostbahngabelung: Schließlich soll noch das zwischen Neu-Kagran, Hirschstetten und Stadlau gelegene Industrieareal Erwähnung finden. Hier befindet sich der Industriebetrieb Stadlau, eine im Eigentum der WIBAG stehende 8000 Quadratmeter große Nutzfläche, deren Werkshallen an Unternehmen weitervermietet werden. Weiters besiedeln eigene Industrieblächen unter anderen die britische Intercontinentale GmbH, eine internationale Transportgesellschaft, und die Ignaz Gellert KG, die Generalvertretung der amerikanischen Westinghouse Electric International Company.

Der Wirtschaftsverkehr von und nach dem Industrieareal kann je nach Unternehmenspräferenz über Ostbahn oder Wagramer Straße abgewickelt werden. Die Arbeitskräfte können Autobuslinien, die über Erzherzog-Karl-Straße und Stadlauer Straße verkehren, benützen.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Grundlage dafür ist der Bericht der Wiener Betriebsansiedlungs-GmbH: *Industrieansiedlungen vom 1. März 1969 bis zum 31. Dezember 1974*, III. Untersuchung, Wien 1975.
- 2 F. Möller: *Kommunale Wirtschaftsförderung*, Stuttgart 1963, S. 42.
- 3 Zur Aufgabe der Kommunen im Spätkapitalismus siehe unter anderen A. Evers/M. Lehmann: *Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der Bundesrepublik*, Offenbach 1972.
- 4 Die beiden Ebenen der Investitionsförderung werden am Beispiel aller mittel- und westeuropäischen Staaten deutlich.
- 5 Evers/Lehmann, a. a. O. S. 193 ff.
- 6 Ebenda S. 194.
- 7 R. R. Grauhan/W. Linder: *Politik der Verstädterung*, Frankfurt 1974, S. 24.
- 8 Zur Situation der Wiener Wirtschaft siehe unter anderem »WIST-Informationen«, Nr. 31, Wien 1975.
- 9 *Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch der Arbeiterkammer Wien*, Wien 1974.
- 10 *Industriestatistik 1963—1972*, eigene Berechnungen auf der Basis der Industriestatistik 1954—1958.
- 11 H. Jeglitsch: *Der Beitrag der Bundesländer zum BNP 1961—1972*, »Monatsberichte des ÖfW«, 1/1975.
- 12 D. Keil: *Die Wirtschaft der Wiener Region*, »WIST-Informationen«, Nr. 31, Wien 1975, S. 10.

- 13 Ebenda S. 11.
- 14 Den hier verwendeten Daten für das Jahr 1976 liegen Erhebungen des Sozialministeriums beziehungsweise des Statistischen Zentralamtes zugrunde, die Angaben für vorhergehende Jahre sind dem Handbuch der Wiener Arbeiterkammer entnommen.
- 15 Siehe dazu Magistrat der Stadt Wien: *Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik*, Wien 1970.
- 16 Eine Zusammenfassung des kreditpolitischen Instrumentariums der Gemeinde, mit Ausnahme der Veränderungen vom Herbst 1976, findet sich in: *Wirtschaftsstandort Wien*, herausgegeben von der Gemeinde Wien, Zentralsparkasse und WIBAG, Wien 1975.
- 17 Die Informationen über kreditpolitische Veränderungen sind Unterlagen des Wiener Wirtschaftsbeirats entnommen.
- 18 Ebenda.
- 19 *Wirtschaftsstandort Wien*, a. a. O.
- 20 *Leitlinien*, a. a. O. S. X.
- 21 Siehe dazu etwa MA 18: *Flächen für Betriebsansiedlung*, Wien 1970.
- 22 *Industrieansiedlungen ...*, a. a. O. S. 1.
- 23 Ebenda S. 1 ff.
- 24 StZA: *Beiträge zur österreichischen Statistik*, 309, Heft 8, Tabelle 3.
- 25 *Industrieansiedlungen ...*, a. a. O. S. 22.
- 26 Ebenda S. 11.
- 27 Ebenda S. 11.
- 28 Ebenda S. 12.
- 29 Ebenda S. 12.
- 30 Ebenda S. 8.
- 31 Ebenda S. 8.
- 32 Die Angaben über das Ausmaß der Industrieflächen stammen aus: *Flächen für Betriebsansiedlung*; die einzelnen Investoren sind entnommen: *Industrieansiedlungen ...*; der Charakteristik der infrastrukturellen Ausstattung liegen eigene Erhebungen zugrunde.